

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 16. Dezember bis 19. Dezember 2024 Straßburg

María Corina Machado und Edmundo González Urrutia erhalten den Sacharow-Preis

Am Dienstagmittag wird Präsidentin Roberta Metsola den Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2024 an María Corina Machado und Edmundo González Urrutia aus Venezuela verleihen.

5

Desinformation im Internet: Risiken für die Integrität von Wahlen

Am Dienstag werden die Abgeordneten die Verbreitung von Falsch- und Desinformation in sozialen Medien und die Gefahren, die sie für freie und faire Wahlen in Europa darstellen, erörtern.

7

Prioritäten EU-Gipfel im Dezember

Am Mittwoch werden die Abgeordneten ihre Forderungen an die EU-Staats- und Regierungschefs darlegen. Auf dem Gipfel geht es um die Ukraine, den Nahen Osten, Krisenprävention und Migration.

9

Debatte über die Folgen des Zusammenbruchs des Assad-Regimes

Am Dienstag bewerten die Abgeordneten die jüngsten Entwicklungen in Syrien, deren geopolitische Auswirkungen sowie die humanitäre Lage in der Region.

10

Russische Desinformation über die Ukraine

Debatte am Dienstag mit der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas über historische Desinformation und den Einsatz falscher Narrative zur Rechtfertigung des Krieges Russlands in der Ukraine.

11

Parlament debattiert über anhaltende Proteste in Georgien

Am Dienstag werden die Abgeordneten gemeinsam mit der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas die Straßenproteste in Georgien nach den umstrittenen Wahlen erörtern.

12

UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau: Debatte über EU-Prioritäten

Am Montag werden die Abgeordneten und die Kommission die Position der EU zur bevorstehenden 69. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau diskutieren. 14

Einsatz von EU-Mitteln zur Bewältigung von Naturkatastrophen

Das Parlament will die Nutzung von EU-Mitteln zur Finanzierung von Wiederaufbaumaßnahmen nach klimabedingten Katastrophen in EU-Ländern genehmigen. 16

EU-Entwaldungsverordnung: Parlament will einjährige Verzögerung verabschieden

Das EU-Gesetz über Entwaldung soll sicherstellen, dass Produkte, die in der EU verkauft werden, nicht von abgeholztem Flächen irgendwo auf der Welt stammen. 18

Parlament diskutiert Korruptionsvorwürfe in der EU

Die Abgeordneten wollen mit der Kommission über die Notwendigkeit schneller Maßnahmen und Transparenz bei Korruptionsvorwürfen im öffentlichen Sektor diskutieren. 20

Wahl des bzw. der nächsten Europäischen Bürgerbeauftragten

Am Dienstag wird das Parlament den Europäischen Bürgerbeauftragten bzw. die Europäische Bürgerbeauftragte bestimmen, wobei sechs Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl stehen. 21

Abstimmung über die Ernennung des Chefs der neuen EU-Anti-Geldwäsche-Behörde

Am Mittwoch wird das Parlament über die Ernennung des Vorsitzenden der kürzlich eingerichteten EU-Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche abstimmen. 23

Aktualisierung der EU-Strategie für Rechte von Menschen mit Behinderungen

Am Donnerstag werden die Abgeordneten und die Kommission über die Notwendigkeit debattieren, die EU-Strategie zugunsten der Rechte von Menschen mit Behinderungen zu aktualisieren. 24

Weitere Themen auf der Tagesordnung

Weitere Tagesordnungspunkte 25

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2024-12-16>

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 16. Dezember bis 19. Dezember 2024 -Straßburg

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragung der Plenartagung \(EbS+\)](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[EP Multimedia Centre](#)

[Online-Pressemappe](#)

Kontakt

Andreas KLEINER

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 32266 (BXL)

☎ (+33) 3 881 72336 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 22

✉ andreas.kleiner@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 (+32) 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Judit HERCEGFALVI

Pressereferentin in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1080

📱 (+49) 177 323 5202

✉ judit.hercegfalvi@europarl.europa.eu

Jakob FLOSSMANN
Press Officer in Austria

☎ (+43) 1 516 53111

📱 (+43) 660 37 37 367

✉ jakob.flossmann@europarl.europa.eu

María Corina Machado und Edmundo González Urrutia erhalten den Sacharow-Preis

Am Dienstagmittag wird Präsidentin Roberta Metsola den Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2024 an María Corina Machado und Edmundo González Urrutia aus Venezuela verleihen.

Edmundo González Urrutia, der vom Europäischen Parlament als der neu gewählte und rechtmäßige Präsident der Republik Venezuela anerkannt wurde, verließ das Land im September 2024, nachdem ein Haftbefehl gegen ihn erlassen worden war. Er wird persönlich an der Verleihungszeremonie des Sacharow-Preises teilnehmen. Ana Corina Sosa, die Tochter und Vertreterin von María Corina Machado, der Anführerin der venezolanischen „Unidad Democrática Plataforma“, wird ebenfalls in Straßburg anwesend sein.

[Erfahren Sie mehr über die diesjährigen Preisträger](#)

Eine Pressekonferenz mit Präsidentin Metsola und den Preisträgern findet nach der Zeremonie am Dienstag, den 17. Dezember, gegen 12:30 Uhr im Daphne-Caruana-Galizia-Pressekonferenzraum des Parlaments statt.

Die Preisträger des Sacharow-Preises 2024 sowie die anderen Finalisten und ihre Vertreter werden an einem hybriden Medienseminar von 9:00 bis 11:15 Uhr am Dienstag, den 17. Dezember, teilnehmen. Für weitere Informationen kontaktieren Sie bitte media-seminars@europarl.europa.eu.

Mitglieder der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten, Entwicklung und des Unterausschusses für Menschenrechte werden am Montag, den 16. Dezember, von 19:00 bis 20:30 Uhr in Straßburg eine Debatte mit den venezolanischen Preisträgern abhalten.

[Erfahren Sie mehr über die Finalisten für den Sacharow-Preis des Parlaments 2024](#)

Die Zeremonie und die Pressekonferenz werden auf der [Multimedia-Website des Parlaments](#) und auf [EbS+](#) übertragen.

Hintergrund

Der nach dem sowjetischen Physiker und politischen Dissidenten [Andrei Sacharow](#) benannte Preis für geistige Freiheit ist die höchste Menschenrechtsauszeichnung der EU.

Seit 1988 wird er jährlich vom Parlament an Einzelpersonen oder Organisationen verliehen, die sich in einem der folgenden Bereiche engagieren: Verteidigung der Menschenrechte und Grundrechte, insbesondere der Meinungsfreiheit, Schutz von Minderheitenrechten, Achtung des

Völkerrechts, Entwicklung der Demokratie und Verteidigung des Rechtsstaatsprinzips.

Verfahren: Preisverleihung

Preisverleihung: Dienstag, 17. Dezember

Pressekonferenz: Dienstag, 17. Dezember, ca. 12:30 Uhr mit EP-Präsidentin Roberta Metsola, Edmundo González Urrutia und Ana Corina Sosa, Tochter und Vertreterin von María Corina Machado

Weitere Informationen

[Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten](#)

[Unterausschuss für Menschenrechte](#)

[Ausschuss für Entwicklung](#)

[Pressemitteilung - María Corina Machado und Edmundo González Urrutia erhalten den Sacharow-Preis 2024 \(24.10.2024\)](#)

[Erklärung der EP-Präsidentin - María Corina Machado und der gewählte Präsident Edmundo González Urrutia vertreten alle Venezolaner im Kampf um Freiheit und Demokratie als Gewinner des Sacharow-Preises 2024 \(24.10.24\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Preisträger des Sacharow-Preises 2024: María Corina Machado und Edmundo González Urrutia und ihr Einsatz für die Demokratie in Venezuela“ \(03.12.24\)](#)

[Link zum Multimedia-Paket - Sacharow-Preis 2024](#)

Desinformation im Internet: Risiken für die Integrität von Wahlen

Am Dienstag werden die Abgeordneten die Verbreitung von Falsch- und Desinformation in sozialen Medien und die Gefahren, die sie für freie und faire Wahlen in Europa darstellen, erörtern.

Die Plenardebatte findet vor dem Hintergrund der [Entscheidung des rumänischen Verfassungsgerichts](#) statt, die erste Runde der jüngsten Präsidentschaftswahlen aufgrund möglicher Einflussnahme aus dem Ausland für ungültig zu erklären.

Des Weiteren hatte die Kommission eine [Anordnung an TikTok zur Aufbewahrung von Dokumenten und Daten](#), unter anderem über die Konzeption und Funktionsweise seiner Empfehlungssysteme, im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste gerichtet, die nationale Wahlen in der Europäischen Union zwischen dem 24. November 2024 und dem 31. März 2025 betrifft.

Die Abgeordneten werden die Kommission voraussichtlich zu ihrer [laufenden Überprüfung](#) großer Online-Plattformen wie TikTok und X im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste. Sie dürften die Kommission auffordern, rasch zu handeln, falls soziale Medien gegen EU-Vorschriften verstoßen und es versäumen, Risiken im Zusammenhang mit Informationsmanipulation, Empfehlungssystemen, Werbetransparenz und Datenzugang angemessen zu mindern.

Hintergrund

Groß angelegte Desinformationskampagnen stellen eine zunehmende Bedrohung für demokratische Institutionen dar, insbesondere bei [Angriffen auf Wahlprozesse](#). Angesichts neuer Technologien und Kanäle, die die Verbreitung von Desinformation schneller als je zuvor ermöglichen, ergreift die EU Maßnahmen, um ihre [demokratische Resilienz](#) zu stärken und die [Verantwortung von Online-Plattformen](#) zu erhöhen.

Debatte: Dienstag, 17. Dezember

Abstimmung: Mittwoch, 18. Dezember

Verfahren: Erklärung der Kommission

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen \(Kurzdarstellung\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen \(Briefing\)](#)

[Abgeordnete befragen TikTok zur Einhaltung des Gesetzes über digitale Dienste \(3.12.2024\)](#)

[Website des Europäischen Parlaments zur Desinformation](#)

[Website der Europäischen Kommission zur Desinformation](#)

[Leitlinien zur Minderung systemischer Risiken bei Wahlen im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste](#)

Prioritäten EU-Gipfel im Dezember

Am Mittwoch werden die Abgeordneten ihre Forderungen an die EU-Staats- und Regierungschefs darlegen. Auf dem Gipfel geht es um die Ukraine, den Nahen Osten, Krisenprävention und Migration.

Am [19. Dezember](#) werden die EU-Staats- und Regierungschefs die neuesten Entwicklungen im russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Unterstützung der EU für Kiew bewerten, angesichts der Unsicherheit über die Politik der künftigen US-Regierung in diesem Konflikt. Der Europäische Rat wird auch die Lage im Nahen Osten bewerten, insbesondere nach der jüngsten Waffenruhe im Libanon zwischen der Hisbollah und Israel, während die humanitäre Krise in Gaza andauert und weiterhin Dutzende israelischer Geiseln von der Hamas festgehalten werden.

Weitere Themen auf der [Agenda](#) der Staats- und Regierungschefs sind die geopolitische Rolle der EU, Krisenprävention und -bewältigung sowie Migrationsmanagement. Der Europäische Rat im Dezember 2024 wird erstmals [vom neuen Präsidenten António Costa geleitet](#), der am 1. Dezember Charles Michel in diesem Amt abgelöst hat. Die neue Europäische Kommission unter der Leitung von Ursula von der Leyen hat ebenfalls am 1. Dezember ihr Amt angetreten, nachdem sie am [27. November vom Plenum des Europäischen Parlaments bestätigt wurde](#).

Nach der Debatte zum EU-Gipfel wird das Plenum seine Erwartungen für den [EU-Westbalkan-Gipfel](#) erörtern, der im Vorfeld des EU-Gipfels, am Mittwoch, den 18. Dezember stattfindet, am gleichen Tag wie die Plenardebatte.

Weitere Informationen

Debatten: Mittwoch, 18. Dezember

Verfahren: Erklärungen von Rat und Kommission ohne Entschliebung, Stellungnahme des Parlaments (Westbalkan-Gipfel)

Weitere Informationen

[EP-Pressemitteilung: Beteiligung China, Nordkorea: Mehr militärische Unterstützung für die Ukraine](#)

[Kostenloses Multimediematerial](#)

Debatte über die Folgen des Zusammenbruchs des Assad-Regimes

Am Dienstag bewerten die Abgeordneten die jüngsten Entwicklungen in Syrien, deren geopolitische Auswirkungen sowie die humanitäre Lage in der Region.

In einer [Erklärung](#) vom vergangenen Sonntag begrüßten führende Abgeordnete „das Ende der brutalen Diktatur in Syrien“ und riefen zu einem friedlichen Übergang auf, der die demokratischen Bestrebungen der Syrer erfüllt und den Schutz aller sicherstellt. Die neue EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas betonte in ihrer [Stellungnahme](#) zum Sturz des Assad-Regimes, dass die territoriale Unversehrtheit Syriens gewahrt bleiben müsse – unter Achtung seiner Souveränität und staatlichen Institutionen sowie der Ablehnung jeglicher Form von Extremismus.

Eine Entschließung wird auf einer künftigen Plenarsitzung zur Abstimmung gestellt.

Debatte: Dienstag, 17. Dezember

Abstimmung: Künftige Plenarsitzung

Verfahren: Erklärung der Kommission, mit Entschließung

Weitere Informationen

[Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten](#)

[Kostenlose Fotos, Audio- und Videomaterialien: Lage in Syrien](#)

Russische Desinformation über die Ukraine

Debatte am Dienstag mit der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas über historische Desinformation und den Einsatz falscher Narrative zur Rechtfertigung des Krieges Russlands in der Ukraine.

Im Mittelpunkt der Debatte stehen russische Desinformationskampagnen mit historischen Narrativen, die darauf abzielen, die internationale Unterstützung für die Ukraine zu untergraben und ihre Unabhängigkeit sowie Souveränität zu schwächen.

Eine Entschließung wird während der Plenarsitzung im Januar zur Abstimmung gestellt.

Debatte: Dienstag, 17. Dezember

Abstimmung: Januar-Plenarsitzung

Verfahren: Erklärung der EU-Außenbeauftragten, mit Entschließung

Weitere Informationen

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Videos und Audiomaterialien](#)

Parlament debattiert über anhaltende Proteste in Georgien

Am Dienstag werden die Abgeordneten gemeinsam mit der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas die Straßenproteste in Georgien nach den umstrittenen Wahlen erörtern.

Die aktuellen Demonstrationen wurden durch die Entscheidung der georgischen Regierung ausgelöst, den EU-Beitrittsprozess des Landes nach den umstrittenen Parlamentswahlen im Oktober 2024 auszusetzen. Bei der jüngsten Wahl erklärte sich die regierende Partei „Georgischer Traum“ zum Sieger, obwohl die georgische Opposition sowie internationale Beobachter, [darunter auch Abgeordnete des Europäischen Parlaments](#), vor schweren Unregelmäßigkeiten gewarnt hatten.

Die andauernden Proteste, die von einem harten Vorgehen der georgischen Polizei begleitet wurden, haben Forderungen nach einer Wiederholung der Wahl und einem Kurswechsel der georgischen Regierung laut werden lassen, um den wachsenden russischen Einfluss zurückzudrängen und den Weg in Richtung EU-Beitritt wieder aufzunehmen.

Angesichts der Befürchtungen, dass die Wahlen weder frei noch fair waren, und als Reaktion auf die jüngsten Entwicklungen hat das Europäische Parlament in einer im [November 2024 angenommenen Entschließung](#) ebenfalls eine Wiederholung der Wahlen unter internationaler Aufsicht gefordert.

Im Anschluss an die Plenarrede von Kaja Kallas folgt eine Runde mit Stellungnahmen der Vertreter der Fraktionen.

Debatte: Dienstag, 17. Dezember

Verfahren: Erklärung der EU-Außenbeauftragten

Links

Website des Auswärtigen Amtes: „Gemeinsame Erklärung der EU-Minister zu den Wahlen in Georgien“ (28.10.2024)

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2682188-2682188>

EP-Pressemitteilung: „Georgische Wahlen wecken weitere Bedenken hinsichtlich demokratischer Rückschritte“ (27.10.2024)

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20241027IPR24996/georgian-elections-raise-further-concerns-about-democratic-backsliding>

EEAS-Website: „Georgien: Gemeinsame Erklärung des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell

und der Europäischen Kommission zu den Parlamentswahlen“ (27.10.2024)

https://www.eeas.europa.eu/eeas/georgia-joint-statement-high-representative-josep-borrell-and-european-commission-parliamentary_en

EP Multimedia-Zentrum: Kostenlose Fotos, Videos und Audiomaterial

<https://multimedia.europarl.europa.eu/de>

UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau: Debatte über EU-Prioritäten

Am Montag werden die Abgeordneten und die Kommission die Position der EU zur bevorstehenden 69. Tagung der Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau diskutieren.

Die Debatte wird mit einer Abstimmung über einen [Bericht](#) abgeschlossen, der vom Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter vorbereitet wurde. Der Bericht betont die Notwendigkeit einer starken Führungsrolle der EU bei der Förderung gleicher Chancen für Frauen in allen Lebensbereichen. Zudem fordert er die Umsetzung der Erklärung und [Aktionsplattform von Peking](#) zur Gleichstellung der Geschlechter und hebt hervor, dass ein Rückschritt bei den bestehenden Schutzmaßnahmen für die Gleichstellung nicht hingenommen werden darf.

Hintergrund

Die Kommission der Vereinten Nationen für die Rechtsstellung der Frau ist ein globales Gremium, das sich der Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung von Frauen widmet. Ihre 69. Tagung findet vom 10. bis 21. März 2025 in New York statt und befasst sich mit der Überprüfung der aktuellen Fortschritte bei der Umsetzung der Erklärung und Aktionsplattform von Peking.

Debatte: Montag, 16. Dezember

Abstimmung: Dienstag, 17. Dezember

Verfahren: Gemeinsame Debatte über eine Entschließung und eine Erklärung der Kommission, Empfehlung an den Rat

Links

EP-Hintergrundinformationen

[https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_ATA\(2024\)767158](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_ATA(2024)767158)

Merkblatt zu den Verfahrensschritten

[https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/en/procedure-file?reference=2024/2057\(INI\)](https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/en/procedure-file?reference=2024/2057(INI))

Profil der Berichterstatterin Lina GÁLVEZ (S&D, ES)

https://www.europarl.europa.eu/meps/de/197702/LINA_GALVEZ/home

Pressemitteilung nach der Abstimmung im Ausschuss (4.12.2024)

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20241202IPR25765/>

Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter
<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/femm/home/highlights>

Kostenloses Multimedia-Material
<https://multimedia.europarl.europa.eu/de/>

Einsatz von EU-Mitteln zur Bewältigung von Naturkatastrophen

Das Parlament will die Nutzung von EU-Mitteln zur Finanzierung von Wiederaufbaumaßnahmen nach klimabedingten Katastrophen in EU-Ländern genehmigen.

Als Reaktion auf die jüngsten Überschwemmungen und Waldbrände in Mittel-, Ost- und Südeuropa würde eine Änderung der Bestimmungen zur EU-Kohäsions- und Agrarpolitik eine schnelle Finanzierung von Wiederaufbaumaßnahmen nach Naturkatastrophen ermöglichen, die nach dem 1. Januar 2024 eingetreten sind. Zwei getrennte Abstimmungen finden am Dienstag statt.

Der sogenannte „RESTORE“-Vorschlag würde es den EU-Ländern ermöglichen, Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) flexibler für den Wiederaufbau nach Katastrophen einzusetzen. Dadurch könnte der EFRE Wiederaufbauprojekte vollständig finanzieren, ohne dass Beiträge der Mitgliedstaaten erforderlich wären. Um schnelle Liquidität für Betroffene bereitzustellen, würde zusätzlich eine Vorfinanzierung von bis zu 30 % des Gesamtbetrags ermöglicht. Der Vorschlag sieht auch eine flexiblere Nutzung des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) vor, um Kurzarbeitsregelungen zu finanzieren, den Zugang zur Gesundheitsversorgung zu unterstützen und grundlegende Bedürfnisse zu decken. Für 2025 wird erwartet, dass die vorgeschlagenen Änderungen durch Vorabzahlungen für den Zeitraum 2025–2027 Mittel in Höhe von 3 Milliarden Euro mobilisieren.

Im Rahmen des Vorschlags zur Unterstützung aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) von Ländern, die von Naturkatastrophen betroffen sind, könnten Mitgliedstaaten ungenutzte Mittel aus Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums verwenden, um Verluste im landwirtschaftlichen Sektor und in der Forstwirtschaft auszugleichen sowie die Landwirtschaft während der Wiederaufbauphase nach Naturkatastrophen wiederherzustellen. Diese Maßnahmen würden zu 100 % durch EU-Mittel finanziert.

Um die Verabschiedung der Maßnahmen zu beschleunigen, hat das Parlament zugestimmt, die [RESTORE-](#) und [ELER-Dossiers](#) im [Dringlichkeitsverfahren](#) zu behandeln.

Debatte: Montag, 16. Dezember (RESTORE)

Abstimmungen: Dienstag, 17. Dezember

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung

Pressekonferenz: Dienstag, 17. Dezember um 13:30 Uhr mit den Mitberichterstattern Younous Omarjee (Die Linke, Frankreich) und Andrzej Bula (EVP, Polen).

Links

EP-Hintergrundinformationen

[https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_ATA\(2024\)767157](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_ATA(2024)767157)

Merkblatt zu den Verfahrensschritten (RESTORE)

[https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/en/procedure-file?reference=2024/0275\(COD\)](https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/en/procedure-file?reference=2024/0275(COD))

Merkblatt zu den Verfahrensschritten (ELER)

[https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/en/procedure-file?reference=2024/0274\(COD\)](https://oeil.secure.europarl.europa.eu/oeil/en/procedure-file?reference=2024/0274(COD))

RESTORE-Mitberichterstatter (EMPL): Andrzej BUŁA (EVP, Polen)

https://www.europarl.europa.eu/meps/de/257051/ANDRZEJ_BULA/home

RESTORE-Mitberichterstatter (REGI): Younous OMARJEE (Die Linke, Frankreich)

https://www.europarl.europa.eu/meps/de/30482/YOUNOUS_OMARJEE/home

ELER-Berichterstatterin und AGRI-Vorsitzende Veronika VRECIKOVÁ (EKR, Tschechien)

https://www.europarl.europa.eu/meps/de/197552/VERONIKA_VRECIKOVA/home

Kostenlose Fotos, Videos und Audiomaterial (Naturkatastrophen)

https://multimedia.europarl.europa.eu/de/topic/natural-disasters_23503

EU-Entwaldungsverordnung: Parlament will einjährige Verzögerung verabschieden

Das EU-Gesetz über Entwaldung soll sicherstellen, dass Produkte, die in der EU verkauft werden, nicht von abgeholzten Flächen irgendwo auf der Welt stammen.

Die [vorläufige politische Einigung](#) zwischen Parlament und Rat wird die Anwendung der [EU-Entwaldungsverordnung](#) um ein Jahr verschieben, die ursprünglich ab dem 30. Dezember 2024 von Unternehmen angewendet werden sollte. Die Plenarabstimmung ist für Dienstag angesetzt.

Große Marktteilnehmer und Händler müssen nun ab dem 30. Dezember 2025 die Verpflichtungen dieser Verordnung einhalten, und Kleinst- und Kleinunternehmen ab dem 30. Juni 2026. Das zusätzliche Jahr soll Unternehmen weltweit helfen, die Regeln von Anfang an reibungsloser umzusetzen, ohne die Ziele des Gesetzes zu untergraben.

Hintergrund

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) [schätzt](#), dass zwischen 1990 und 2020 etwa 420 Millionen Hektar Wald – eine Fläche größer als die EU – durch Abholzung verloren gingen. Der [EU-Konsum macht etwa 10 % der globalen Entwaldung aus](#), mehr als [zwei Drittel](#) davon stammen aus der Produktion von Palmöl und Soja.

Die EU-Entwaldungsverordnung zielt darauf ab, den Klimawandel und den Verlust der biologischen Vielfalt zu bekämpfen, indem sie Entwaldung im Zusammenhang mit dem EU-Verbrauch von Produkten wie Rindfleisch, Kakao, Kaffee, Palmöl, Soja, Holz, Gummi, Holzkohle und bedrucktem Papier verhindert.

Abstimmung: Dienstag, 17. Dezember

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Gesetzesvorschlag](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Auf dem Weg zu entwaldungsfreien Rohstoffen und Produkten in der EU“](#)

[Kommissions-Factsheet zur Entwaldung \(auf Englisch\)](#)

[EP Multimedia-Zentrum: Kostenlose Fotos, Videos und Audiomaterial](#)

Parlament diskutiert Korruptionsvorwürfe in der EU

Die Abgeordneten wollen mit der Kommission über die Notwendigkeit schneller Maßnahmen und Transparenz bei Korruptionsvorwürfen im öffentlichen Sektor diskutieren.

Während der Debatte werden die Abgeordneten voraussichtlich auf die neuesten Medienberichte über Korruptionsfälle auf höchster Ebene in der gesamten EU eingehen und die Notwendigkeit betonen, das Vertrauen der Bürger in die Demokratie zu wahren. Sie werden erwartungsgemäß auf bevorstehende interinstitutionelle Verhandlungen über die [Antikorruptionsrichtlinie](#), die Notwendigkeit, das neue unabhängige [Ethikgremium](#) so schnell und effizient wie möglich einzurichten, sowie auf Lehren aus [parlamentseigenen Maßnahmen zur Erhöhung von Transparenz, Integrität und Verantwortlichkeit](#) in seinen Entscheidungsprozessen eingehen.

Weitere Interessenspunkte könnten die neuesten Entwicklungen im Hinblick auf den [Zustand europäischer Werte](#) und die Ergebnisse des [Berichts der Kommission zur Rechtsstaatlichkeit 2024](#) sein, einschließlich spezifischer Probleme in den Mitgliedstaaten.

Laut den neuesten [Eurobarometer-Ergebnissen](#) bleiben Europäer skeptisch gegenüber den Bemühungen der nationalen Regierungen zur Bekämpfung von Korruption: 65 % der Bürger glauben, dass Korruptionsfälle auf höchster Ebene nicht ausreichend untersucht werden, und nur 30 % sind der Meinung, dass Regierungsbemühungen zur Bekämpfung von Korruption wirksam sind. 68 % der Bürger halten Korruption in ihrem Land für weit verbreitet.

Debatte: Mittwoch, 18. Dezember

Verfahren: Erklärung der Kommission, keine Entschließung

Links

EP-Hintergrundinformationen - „Bekämpfung der Korruption in der Europäischen Union“ (09.12.2024)

[https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_BRI\(2022\)739241](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/de/document/EPRS_BRI(2022)739241)

Kostenlose Fotos, Videos und Audiomaterial

<https://multimedia.europarl.europa.eu/de>

Wahl des bzw. der nächsten Europäischen Bürgerbeauftragten

Am Dienstag wird das Parlament den Europäischen Bürgerbeauftragten bzw. die Europäische Bürgerbeauftragte bestimmen, wobei sechs Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl stehen.

Die Abstimmung per geheimer Wahl findet am Dienstag statt. Gemäß [Artikel 237 der Geschäftsordnung des Parlaments](#) muss ein Kandidat die Mehrheit der von den Abgeordneten abgegebenen Stimmen erhalten, um gewählt zu werden. Wird in den ersten beiden Wahlgängen keiner der Kandidaten gewählt, stehen nur noch die beiden Kandidaten zur Wahl, die im zweiten Wahlgang die höchste Stimmenzahl erhalten haben. Bei Stimmengleichheit wird der Kandidat mit dem höheren Lebensalter ernannt.

Die [Kandidatinnen und Kandidaten](#), alphabetisch aufgelistet, sind:

- Teresa Anjinho (Portugal)
- Emilio De Capitani (Italien)
- Marino Fardelli (Italien)
- Julia Laffranque (Estland)
- Claudia Mahler (Österreich)
- Reinier van Zutphen (Niederlande)

Der Europäische Bürgerbeauftragte ist eine unabhängige und unparteiische Stelle, die Beschwerden über Missstände in der Verwaltungstätigkeit der Organe und Einrichtungen der EU untersucht. Der Bürgerbeauftragte kann aber auch in Eigeninitiative Ermittlungen aufnehmen.

Während einer [öffentlichen Anhörung im Petitionsausschuss am 3. Dezember 2024](#) befragten die Abgeordneten die Kandidaten zu ihren Prioritäten im Falle einer Wahl. Der oder die neue Europäische Bürgerbeauftragte wird sein bzw. ihr Amt nach einer Vereidigungszeremonie am 27. Februar 2025 im EU-Gerichtshof antreten und eine fünfjährige Amtszeit absolvieren.

Jahresbericht 2023 über die Aktivitäten des EU-Bürgerbeauftragten

In derselben Sitzung am Montag werden die Abgeordneten über einen Bericht über die Arbeit der scheidenden EU-Bürgerbeauftragten Emily O'Reilly im Jahr 2023 debattieren. Die Abstimmung darüber erfolgt am Dienstag. O'Reilly trat ihr Amt erstmals im Juli 2013 an und wurde im Dezember 2019 für eine zweite Amtszeit wiedergewählt.

Debatte: Montag, 16. Dezember

Abstimmung: Dienstag, 17. Dezember

Verfahren: Wahl des Bürgerbeauftragten

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen zur Wahl des Bürgerbeauftragten](#)

[EP-Hintergrundinformationen zum Jahresbericht 2023](#)

[Website zur Wahl des Europäischen Bürgerbeauftragten](#)

[Wahl des Bürgerbeauftragten - Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments](#)

[Jahresbericht der Bürgerbeauftragten für 2023](#)

[Pressemitteilung zur Ausschussabstimmung \(14.11.2024\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Abstimmung über die Ernennung des Chefs der neuen EU-Anti-Geldwäsche-Behörde

Am Mittwoch wird das Parlament über die Ernennung des Vorsitzenden der kürzlich eingerichteten EU-Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche abstimmen.

Die neue EU-Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AMLA), mit Sitz in Frankfurt, hat die Aufgabe, die Aktionen der nationalen zentralen Meldestellen (FIU) zu koordinieren und bestimmte risikobehaftete Finanzinstitute in mehreren Mitgliedstaaten direkt zu überwachen.

Vor der Abstimmung im Plenum werden die Ausschüsse für Wirtschaft und bürgerliche Freiheiten am Montagabend über die Ernennung abstimmen.

Nächste Schritte

Nach der Zustimmung des Parlaments benötigt der Kandidat die Unterstützung einer qualifizierten Mehrheit im Rat, um ernannt zu werden.

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen - AMLA](#)

[Neue AML-Regeln: Was wird sich ändern?](#)

Aktualisierung der EU-Strategie für Rechte von Menschen mit Behinderungen

Am Donnerstag werden die Abgeordneten und die Kommission über die Notwendigkeit debattieren, die EU-Strategie zugunsten der Rechte von Menschen mit Behinderungen zu aktualisieren.

Im Dezember 2022 verabschiedete das Parlament eine [Entschließung](#) zu dem Thema „Gleiche Rechte für Menschen mit Behinderungen“, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert wurden, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen im öffentlichen Leben zu verbessern. Die Entschließung behandelte auch Themen wie Nichtdiskriminierung, Teilhabe am öffentlichen Leben, inklusive Beschäftigung und die Gleichberechtigung vor dem Gesetz. Die Abgeordneten forderten zudem die Kommission auf, die Umsetzung der 2021 auf den Weg gebrachten aktuellen Strategie zu überwachen.

Vom 2. bis 6. Dezember 2024 veranstaltete das Parlament seine zweite Woche der Rechte von Menschen mit Behinderungen. Diese umfasste Workshops, Anhörungen und andere Veranstaltungen zu Themen wie selbstbestimmtes Leben, Förderung von Beschäftigung, Frauen- und geschlechterbezogene Fragen sowie Barrierefreiheit.

Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist in der europäischen Säule sozialer Rechte verankert, die als Leitprinzip für ein starkes soziales Europa dient.

Debatte: Donnerstag, 19. Dezember

Verfahren: Erklärung der Kommission

Weitere Informationen

[EP-Hintergrundinformationen](#)

[Entschließung des Europäischen Parlaments vom 13.12.2022: Auf dem Weg zu gleichen Rechten für Menschen mit Behinderungen](#)

[Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen 2021–2030](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

Weitere Themen auf der Tagesordnung

Weitere Tagesordnungspunkte

Kollektivverhandlungen und missbräuchliche Vergabe von Unteraufträgen, *Debatte Dienstag*

Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2024/002 BE/Limburg Maschinenbau und Papier – Belgien, *Abstimmung Dienstag*

Verwendung von Vergewaltigung als Kriegswaffe, insbesondere in der Demokratischen Republik Kongo und im Sudan, *Erklärung der EU-Außenbeauftragten, Dienstag*

Situation von Politikerinnen in EU-Beitritts- und Nachbarländern, die Belästigung und Cybergewalt ausgesetzt sind, *Erklärung der Kommission, Dienstag*

Hin zu einer gemeinsamen Vision für den europäischen Tourismus, sein nachhaltiges Wachstum und die Marke Europa, *Erklärung der Kommission, Dienstag*

[Das Recht auf sauberes Trinkwasser in der EU](#), *Erklärung der Kommission, Debatte Dienstag*

[Herausforderungen für EU-Landwirte und landwirtschaftliche Arbeitskräfte: Verbesserung der Arbeitsbedingungen, einschließlich ihres psychischen Wohlbefindens](#), *Erklärung der Kommission, Debatte am Mittwoch*

Ein europäisches Innovationsgesetz: Senkung der Innovationskosten in Europa, *Erklärung der Kommission, Montag*

Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der EU - Notwendigkeit einer Folgenabschätzung zu den Green-Deal-Politiken, *Aktuelle Debatte, Mittwoch*

Dringender Handlungsbedarf der EU zum Erhalt der Natur und Schutz der Biodiversität zur Vermeidung des Artensterbens, *Erklärung der Kommission, Mittwoch*

Pläne der Kommission zur Aufnahme der Überarbeitung ausstehender Vorschläge zum Tierschutz in ihren Arbeitsplan für 2025, *Erklärung der Kommission, Donnerstag*